1 Resolution

2 Europa renovieren – davon profitiert auch Bayern!

- 3 Europa braucht eine Erneuerung. Die Gründungsidee, wonach die Menschen in Europa die
- 4 Nationalgrenzen überwinden und in Frieden zusammen leben, Wohlstand erwirtschaften und
- 5 untereinander solidarisch sind, ist ins Bröckeln gekommen.
- 6 Auch die Menschen in Bayern spüren, dass etwas aus dem Lot geraten ist. Sie fragen sich zu Recht,
- 7 warum das Geld der Banken wichtiger zu sein scheint als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und ob
- 8 es nötig ist, von Brüssel aus die Tischdekoration von Restaurants zu regulieren. Gleichzeitig weiß man
- 9 in Bayern: Als großer Nutznießer des europäischen Binnenmarktes und als Region mitten in Europa,
- 10 kann eine Abschottung, ein "Zurück zum Nationalstaat" keine Lösung für Bayern sein. Ziel muss ein
- anderes, besseres Europa sein, das sich auf seine Stärken besinnt. Davon profitiert auch Bayern.
- 12 Deshalb kommt der Europawahl am 25. Mai 2014 eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen, dass
- 13 diese Europawahl ein Zeichen des Aufbruchs ist. Deswegen freuen uns über die gemeinsame
- 14 Nominierung von Parlamentspräsident Martin Schulz als Spitzenkandidat der europäischen
- 15 Sozialdemokratie. Wir kämpfen dafür, dass mit Martin Schulz an der Spitze der Kommission endlich
- der dringend nötige Politikwechsel in Europa gelingt.
- 17 Wir wollen die EU renovieren!

Demokratie und Mitentscheidung der Menschen stärken

- 19 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Europa gestalten können. Deshalb muss die EU
- 20 grundlegend demokratischer werden, und es darf keine intransparenten Entscheidungen in
- 21 Hinterzimmern geben. Dies gilt sowohl für Entscheidungen hinsichtlich der Bankenrettung, als auch
- 22 für die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA. Gleichzeitig wollen wir eine
- enge Verzahnung von den Kommunen, über den bayerischen Landtag und den Bundestag bis hin zum
- 24 Europäischen Parlament. Dazu gehört für uns auch die Stärkung der direkten Demokratie, also eine
- 25 Stärkung der BürgerInneninitiative und der Transparenz. Forderungen nach Volksbefragungen zu
- 26 Europathemen sehen wir kritisch entweder Volksabstimmungen zu allen Themen, oder gar nicht.
- 27 Die europäische Einigung darf nicht durch populistische, gar parteipolitisch motivierte Interessen
- 28 aufs Spiel gesetzt werden.

Europa und die bayerischen Kommunen: gemeinsam stark

- 30 Entscheidungen auf europäischer Ebene wirken sich meist unmittelbar auf unsere Kommunen aus.
- 31 Sie spüren die europäische Gesetzgebung meist als erste. Wir wollen eine europäische Politik, die die
- 32 Interessen der Kommunen vertritt, und nicht die der Märkte. So achten wir auf die öffentliche
- 33 Daseinsvorsorge. Wiederholte Versuche auf europäischer Ebene, die öffentliche Wasserversorgung
- 34 zu privatisieren, konnten wir bislang gemeinsam verhindern. Wir SozialdemokratInnen wollen die
- 35 öffentliche Daseinsvorsorge dauerhaft sichern, und werden konsequenterweise keinem
- 36 Freihandelsabkommen mit den USA zustimmen, das eine Privatisierung der Wasserversorgung oder
- 37 sonstiger Bereiche der Daseinsvorsorge beinhaltet! Denn nur die öffentliche Daseinsvorsorge
- 38 garantiert den Menschen eine qualitativ hohe und sichere Versorgung mit öffentlichen Gütern. Diese
- dürfen nie zur Gewinnmaximierung von Konzernen dienen.

18

29

1 Gute Infrastruktur in Bayern - auch mit europäischer Unterstützung!

- 2 Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur dient als Rückgrat für unsere Unternehmen, und ist die 3 Bedingung schlechthin für einen modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort. Bayern als Export-4 Land profitiert überproportional von gut ausgebauten Schienen-, Binnenschifffahrts- und 5 Straßennetzen, denn nur so ist der effiziente Transport zu den Hochseehäfen Europas und somit in 6 den Rest der Welt möglich. Besonders bei grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen besteht 7 noch großer Nachholbedarf, damit Europa weiter zusammenwachsen kann. Wir setzen uns daher für 8 die termingerechte Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze, die auch für Bayern eine 9 wesentliche Bedeutung haben, ein. Dabei sind vor allem auch Bund und Freistaat in der Pflicht, ihre 10 Projekte zu finanzieren und umzusetzen. Eine allgemeine PKW-Maut ist dafür nicht geeignet, da sie
- den Großteil der Menschen belastet und ökologisch ungerecht isst. Als Maut nur für Ausländer ist sie
- 12 diskriminierend, daher europarechtlich nicht machbar und würde auch keinen nennenswerten
- 13 Beitrag zur Infrastrukturfinanzierung leisten können.
- Infrastruktur bedeutet für uns aber auch: Forschungs-Infrastruktur, altersgerechte Infrastruktur, soziale Infrastruktur, energetische Modernisierung von Gebäuden, Breitband. Bayern ist ein reiches Land, aber es darf sich nicht auf dem Besitzstand ausruhen, sondern muss seine Infrastruktur zukunftsfest machen. Nur so können die Menschen in Bayern sicher sein, dass ihr Land auch morgen noch gut dasteht. Dafür wollen wir die Mittel der europäischen Fonds, vor allem des Regionalfonds, in der neuen Förderperiode entsprechend einsetzen. Dafür wollen wir die Mitsprache der Städte und
- 20 der Kommunen stärken, die selbst am besten wissen, für welche Maßnahmen sie europäische
- 21 Unterstützung benötigen.

22 Für Wachstum und Jobs, in Europa und Bayern

- 23 Nicht zuletzt die bisherige Krisenpolitik ist für die massiven Arbeitsplatzverluste, gerade auch unter 24 der Jugend Europas, für Lohn- und Sozialkürzungen verantwortlich. Die SozialdemokratInnen auf 25 europäischer Ebene haben diese Politik immer wieder kritisiert und eine neue Investitionspolitik 26 eingefordert. Wir wissen: Wenn in den Abnehmerländern die Wirtschaft zusammenbricht, leiden 27 mittelfristig auch bei uns die Unternehmen - was letztlich Jobs in Bayern gefährdet. Deswegen 28 braucht es Wachstums-Impulse. Die SPD weiß (Stichwort Abwrackprämie und Kurzarbeitergeld), dass man in der Krise auch Geld in die Hand nehmen muss. Ähnliche Möglichkeiten dürfen wir den 29 30 anderen Staaten nicht untersagen. Wir wollen auch eine "Jugendgarantie", die diesen Namen 31 wirklich verdient. Wir wollen, dass jede und jeder eine Ausbildung bekommt und anschließend einen 32 Arbeitsplatz, der unseren Kriterien der Guten Arbeit entspricht.
- Wir wollen aber auch konkret für Bayern Arbeitsplätze sichern und schaffen nicht nur über die Sicherung unserer Absatzmärkte, sondern auch ganz praktisch vor Ort. Die Mittel, die Bayern aus dem Europäischen Sozialfonds zustehen, müssen zielgerichtet und so unbürokratisch wie möglich eingesetzt werden, um Jugendlichen Ausbildungsplätze zu bieten, Weiterbildungen zu ermöglichen und Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Ein soziales und gerechtes Europa nutzt Bayern

38

- 39 Wir wollen ein soziales und gerechtes Europa. Ein soziales Europa bedeutet für uns ein Europa der
- 40 VerbraucherInnenrechte. Wir kämpfen für starke Rechte für die Menschen, sei es bei Flugreisen, bei
- 41 Roaming-Gebühren, oder bei der Frage wie oft ein Auto zum TÜV muss.

- 1 Ein gerechtes Europa bedeutet auch, dass kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein
- 2 Markt in Zukunft unreguliert sein dürfen. Dazu zählen für uns eine weitere Regulierung von
- 3 Schattenbanken und des Hochfrequenzhandels, die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken,
- 4 und die Trockenlegung der Steueroasen. Wir brauchen in Europa eine einheitliche Basis der
- 5 Besteuerung, etwa bei den Mindeststeuersätzen und Mindestbemessungsgrundlagen bei der
- 6 Körperschaftssteuer.
- 7 Mit der sozialen Fortschrittsklausel wollen wir garantieren, dass die sozialen Grundrechte nicht den
- 8 Marktfreiheiten des Binnenmarktes untergeordnet werden. Daher werden wir bei dem
- 9 Freihandelsabkommen mit den USA auch auf starke ArbeitnehmerInnenrechte pochen. Wir wollen
- 10 keine Aushöhlung der hohen europäischen Standards. Zudem setzen wir uns in der EU für
- 11 Mindestlöhne ein, die sich an den Durchschnittseinkommen orientieren.
- 12 Wir brauchen aber nicht nur Mindestlöhne. Die Arbeitsbedingungen insgesamt in Europa müssen
- 13 reguliert werden: unser Grundsatz entspricht den Römischen Verträgen. Gleicher Lohn für
- 14 gleichwertige Arbeit. Dies gilt für die gleiche Entlohnung von Frauen und Männern: Es ist nicht
- 15 hinnehmbar, dass Bayern bei der Lohngleichheit europaweit eine Position im hinteren Bereich
- 16 einnimmt. Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen
- 17 Bereichen voranbringen. Das gilt aber auch für ArbeitnehmerInnen in Leiharbeit oder in teils
- 18 sittenwidrigen Werkverträgen. Wir wollen die Rechte der Betriebs- und Personalräte stärken. Die
- 19 Rechte der ArbeitnehmerInnenvertreterInnen müssen gerade in internationalen Konzernen gestärkt
- 20 werden. Ebenso wollen wir europaweit zusammenarbeiten, um Missbrauch und Betrug besser
- 21 bekämpfen zu können.

22 Europa: Stimme für Frieden und Menschenrechte

- 23 Europa ist eine Institution der Menschen- und BürgerInnenrechte und des Friedens im Inneren.
- 24 Besonders seit den Enthüllungen der Spionageaktivitäten müssen wir noch mehr Augenmerk auf den
- 25 Datenschutz richten. Eine Aushöhlung, wie etwas durch die Vorratsdatenspeicherung, lehnen wir ab.
- 26 Sie muss es künftig auch nach außen werden. Als Akteur in den internationalen Beziehungen muss
- 27 Europa eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Armut und Gewalt in der internationalen Gemeinschaft
- 28 übernehmen. Dafür muss die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt und auf das Ziel der
- 29 Friedenssicherung ausgerichtet werden. Die EU muss gemeinsam mit einer Stimme für Frieden und
- 30 Menschenrechte eintreten und die Mitgliedsstaaten dafür nationale Interessen zurückstellen. Dabei
- 31 muss die EU gemeinsam auch den Verpflichtungen in der Entwicklungspolitik nachkommen und
- 32 insbesondere auch in der Außenhandelspolitik dafür sorgen, dass die Entwicklungs- und
- 33 Schwellenländer als gleichberechtigte Partner einbezogen werden.
- 34 Will die EU international glaubwürdig für Frieden und Menschenrechte eintreten, muss sie sich selbst
- 35 an diesen Ansprüchen messen. Die größten Defizite bestehen dabei vor allem im Umgang mit
- 36 Flüchtlingen. Die EU darf nicht mehr tatenlos oder sogar aktiv abwehrend zusehen, wie tausende
- 37 Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer in die EU einzureisen, ihr Leben verlieren. Alle
- 38 Mitgliedsstaaten sind gefragt, gemeinsam Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen zu
- 39 übernehmen. Die bisher oft verfolgte Politik der Internierung und schnellstmöglichen Abschiebung
- 40 sind menschenunwürdig und dürfen nicht länger Politik der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten sein. Im
- 41 Gegenteil müssen Wege gefunden werden, Migrationswilligen die legale Einwanderung in die EU zu
- 42 ermöglichen.

- 1 Zum ersten Mal in der Geschichte der EU droht das europäische Projekt zu scheitern. Wir erleben in
- 2 jedem Mitgliedsland, in jeder Region ein Erstarken des Nationalismus bis hin zum
- 3 Rechtsextremismus. In ihrer über 150-jährigen Geschichte haben mutige Sozialdemokratinnen und
- 4 Sozialdemokraten sich immer gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus,
- 5 Ausländerfeindlichkeit und Homophobie gewehrt. Wir werden es deshalb nicht zulassen, dass in
- 6 Europa diese rechten Kräfte wieder erstarken.
- 7 Es gibt nicht nur in Frankreich und den Niederlanden die Allianz der Rechten, nicht nur in Ungarn,
- 8 Rumänien oder Norwegen haben Rechte Erfolge bei National- oder Regionalwahlen. Auch in Bayern
- 9 versuchen sie weiterhin unsere Straßen, Parlamente und Menschen mit ihren Ideen zu erobern. Wir
- werden weiterhin gegen diese Kräfte kämpfen, egal in welchem Schafspelz sie sich verstecken. Und
- wir kämpfen für ein soziales, renoviertes, starkes Europa, von dem Bayern profitiert.